

Mit der Jugend

UNSER LAND BRAUCHT EINEN NEUEN ANFANG

Zum Leitantrag des Bundesvorstandes (I)

Am 21. September 1981 hat der Bundesvorstand den Leitantrag für den 30. Bundesparteitag in Hamburg verabschiedet. „Der Sinn des Leitantrages liegt nicht darin, zu den genannten vier Themen das Grundsatzprogramm der CDU neu aufzulegen. Er ist vielmehr darin zu sehen, das Grundsatzprogramm zu konkretisieren.“
(Heiner Geißler)

Frieden und Freiheit sichern

„Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik. Unsere Hauptziele sind: Überwindung der Teilung Deutschlands, Einigung Europas, verantwortungsbewußte Mitarbeit im Atlantischen Bündnis und am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance der Freiheit geben soll.“

Mit dieser Aussage in Ziffer 131 ihres Grundsatzprogramms von 1978 beschreibt die CDU ihre fundamentalen außenpolitischen Prinzipien und Zielvorstellungen. Sie bestätigt damit die Kontinuität ihrer Außenpolitik seit Konrad Adenauer. Während für den ersten deutschen Bundeskanzler der Eintritt in die Atlantische Allianz, die europäische Integration und die Wiedervereinigung die entscheidenden Zielpunkte beginnender deutscher Außenpolitik waren, geht es heute darum, den vollzogenen Eintritt in das westliche Bündnis zu festigen, die Überwindung der Teilung Deutschlands auf der Basis der geschlossenen Verträge zu erreichen und am Bau einer

Europäischen Union weiterzuarbeiten. Diese Teilelemente einer Außenpolitik werden überlagert durch den fundamentalen Anspruch nach Sicherung von Frieden und Freiheit für unser Land, für Europa und für die Welt.

Außenpolitik ist dann wirkliche Friedenspolitik, wenn es ihr gelingt, den vielfältigen Bedrohungen des Friedens erfolgreich zu widerstehen und zugleich die unverzichtbaren Grundwerte von Freiheit, Recht und Menschenwürde zu garantieren. So bilden Frieden und Freiheit eine unlösbare Einheit.

Der Leitantrag läßt keinen Zweifel daran, daß die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Atlantische Allianz, die Freundschaft mit den USA und die europäische Integration Fundamente unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind und bleiben. Auf dieser Grundlage wird die CDU eine realistische Ostpolitik betreiben. In der Aussprache zur Regierungserklärung am 26. November 1980 hat Helmut Kohl dazu vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

„Der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, der Grundlagenvertrag mit der DDR, der Brief zur Deutschen Einheit, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, der UNO-Beitritt und die Schlußakte von Helsinki sind nicht nur geltendes Recht, an das wir uns halten. Sie sind wesentliche Komponenten der deutschen Außenpolitik, die völker- und verfassungsrechtlich richtig ausgelegt, aber auch politisch intensiv im Interesse unseres Volkes und des Friedens genutzt werden müssen.“

Diese Aussage hat der Bundesvorstand in seinen Leitantrag aufgenommen und erklärt:

„Die CDU ist zu einem kontinuierlichen Gedanken- und Informationsaustausch mit der sowjetischen Führung und mit den Regierungen der osteuropäischen Staaten bereit. Er ist auch deshalb notwendig, um das Bewußtsein für gemeinsame europäische Interessen und Aufgaben wachsen zu lassen.“

Es war Konrad Adenauer, der diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen hat, und es war eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung, die mit ihren NATO-Partnern im Jahre 1967 — im Harmel-Bericht — Entspannung und Verteidigung als gleichwertige Elemente unserer Außenpolitik bezeichnete. An diese Tradition knüpft der Leitantrag an, und beides zusammen: das Bündnis mit dem Westen und die Gesprächsfähigkeit mit dem Osten, gibt unserer Außenpolitik Verläßlichkeit und Perspektive — für einen Frieden in Freiheit.

Emotionen statt Argumente

In der öffentlichen Diskussion ist „Frieden“ zum politischen Schlagwort reduziert worden. Sein unterschiedlicher Gebrauch bestimmt den Verlauf der innenpolitischen Konfliktlinien in unserem Land. Kennzeichen dieser Diskussion ist der hohe Grad von Emotionalität, mit der sie geführt wird. In Worthülsen gepreßte Gefühle und Wünsche beherrschen die Szene. Oft geht die Diskussion in reine Agitation über. Die Formel des „Lieber rot als tot“ ist das gängige Beispiel dafür, daß ideologisch gefärbte Propagandaslogans dort benutzt werden, wo allein sachorientierte Argumente angebracht wären. Josef Kardinal Höffner hat dies unlängst deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn er erklärt:

„In den Auseinandersetzungen um Frieden und Krieg sind jüngst Wege beschritten worden, die nicht zum Ziele führen.

Erstens: Es dient dem Frieden nicht, wenn nicht mehr sachlich um die Lösung der anstehenden Fragen gerungen wird, sondern statt dessen Gefühle aufgewühlt werden. Solche die Emotionen aufpeitschende Parolen sind: ‚Friede um jeden Preis!‘, ‚Lieber rot als tot!‘, ‚Macht kaputt, was euch kaputtmacht!‘ (Gollwitzer), ‚Frieden schaffen ohne Waffen!‘, ‚Einseitig abrüsten!‘.

Papst Paul VI. sagte in seiner Friedensbotschaft vom 8. Dezember 1967: ‚Den Frieden kann man nicht auf hohlem Wortschwall gründen, der zwar Anklang finden kann, weil er ein tiefes und echtes Sehnen der Menschen anspricht, der aber auch dazu dienen kann und leider oft dazu gedient hat, das Fehlen eines echten Friedensgeistes und wahrer Friedensabsichten zu verbergen oder sogar umstürzlerische Absichten und Aktionen oder Parteiinteressen zu tarnen‘. Der Papst warnt vor der ‚Tücke eines rein taktischen Pazifismus, der den Gegner, den man überwältigen will, narkotisiert und in den Geistern den Sinn für Gerechtigkeit, Pflicht und Opfer tötet‘.“ (Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, Fulda, 21. September 1981)

Eine rationale Diskussion des Friedensthemas setzt Sachinformation und die Bereitschaft voraus, vorhandene Informationen aufzunehmen. Realistische Politik für den Frieden wird nicht mit Parolen auf der Straße gemacht, sondern durch das Engagement und die Bereitschaft jedes einzelnen Bürgers, für die Erhaltung der geistigen und materiellen Grundlagen von Frieden und Freiheit einzutreten.

Was gefährdet den Frieden?

Ausgangspunkt ist eine nüchterne Analyse der gegenwärtigen internationalen wie innenpolitischen Situation:

- Fortgang des Ost-West-Konfliktes bei Überlagerung durch Probleme, die sich aus dem ungelösten Nord-Süd-Gegensatz ergeben;
- Verschärfung der Notsituation in den Ländern der Dritten und Vierten Welt;
- Stillstand in den Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung;
- zunehmende Schwierigkeiten einzelner westeuropäischer Regierungen, außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten gegen innenpolitische Wünsche durchzusetzen;
- Stagnation des europäischen Einigungsprozesses;
- bedenkliche antiamerikanische und neutralistische Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die eigentliche Ursache der Spannungen zwischen Ost und West ist der fundamentale Unterschied in den Auffassungen vom Menschen und seinen unveräußerlichen Grundrechten. Dieser ideologische Gegensatz überwölbt die Formen des bereits 30 Jahre andauernden Ost-West-Konfliktes, der sich insbesondere in riesigen Rüstungspotentialen konkretisiert, die sich in Mitteleuropa gegenüberstehen.

Dabei hat die Sowjetunion inzwischen eine Überlegenheit erreicht, die die Sicherheit Westeuropas ernsthaft und unmittelbar in Frage stellt. Dennoch sind die Waffen nicht

die Ursache, sondern die Folge eines „Wettkampfs der Systeme“, den der Westen nicht sucht, dem er aber aus Gründen der Selbsterhaltung auch nicht ausweichen kann.

Schlüsselbegriff für diesen „Wettkampf der Systeme“ ist die kommunistische Formel von der friedlichen Koexistenz. Im Kleinen Politischen Wörterbuch der DDR lesen wir hierzu unter anderem:

„Friedliche Koexistenz: Prinzip und Politik des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung als Ergebnis der Existenz und des internationalen Einflusses der sozialistischen Staaten.

... Die Politik der friedlichen Koexistenz ist eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf internationaler Ebene, die sich mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem Entstehen des ersten sozialistischen Staates herausgebildet hat, ein Bestandteil des Kampfes der Völker gegen Krieg und Kriegsgefahr.

... Sie ist Bestandteil der Strategie und Taktik des Kampfes gegen den Imperialismus. Die Politik der friedlichen Koexistenz folgt aus dem Wesen des Sozialismus, in dem es keine inneren Ursachen für Kriege gibt. Da der Imperialismus seinem aggressiven Wesen gemäß versucht, die gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus und die Befreiung der unterdrückten Völker auch mit militärischer Gewalt zu verhindern oder rückgängig zu machen, kann die Politik der friedlichen Koexistenz nur im Kampf aller Friedenskräfte gegen die aggressive Kreise des Imperialismus durchgesetzt werden.

... Um den Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter Ausschluß militärischer Mittel zu führen, ist eine Politik der friedlichen Verständigung, von Verhandlungen und vertraglichen Vereinbarungen erforderlich. Auf dem Gebiet der Ideologie jedoch kann es keine Kompromisse, keine Vermischung von sozialistischer und bürgerlicher Ideologie geben. Daher schließt die Politik der friedlichen Koexistenz die ideologische Auseinandersetzung ein. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist ökonomischer, politischer und ideologischer Klassenkampf.“ (Dietz Verlag, Ost-Berlin 1973)

Der letzte Satz ist in der Klarheit seiner Aussage nicht zu überbieten: Der Klassenkampf geht weiter. Hieraus ergibt sich die Grenze von Entspannungspolitik mit den sozialistischen Staaten. Als Teilelement von Außenpolitik ist sie sinnvoll und anwendbar. Zu ihrer Durchführung jedoch gehört die Bereitschaft zur Gegenseitigkeit auf der Basis von Glaubwürdigkeit.

Wer wie die Sowjetunion Entspannungspolitik proklamiert und zugleich in einem ungläublichen Ausmaß aufrüstet, muß sich die Frage nach den wahren Absichten seiner Politik gefallen lassen.

Im Leitantrag fordert die CDU die Sowjetunion deshalb auf, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Entspannung bei den konkreten regionalen und weltweiten Bemühungen um Abrüstung und Rüstungsbegrenzung zu beweisen und

- der totalen Ächtung und Abrüstung chemischer und biologischer Waffen zuzustimmen,
- Fortschritte bei den Verhandlungen über die Verminderung der Streitkräfte (MBFR-Verhandlungen) zu ermöglichen,

- sich konstruktiv an den Abrüstungsbemühungen im Genfer Abrüstungsausschuß zu beteiligen,
- vertrauensbildende Maßnahmen, wie Ankündigung und Beobachtung von Manövern, voll auszuschöpfen und auszubauen,
- die in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten,
- die bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ziel des Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen zu führen.

Gewaltverzicht und Rüstungskontrolle

„Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die beiderseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau“

(Leitantrag):

erstens, weil die modernen Massenvernichtungswaffen immer mörderischer werden und im Falle eines kriegerischen Konflikts zu unvorstellbaren Katastrophen führen können;

zweitens, weil die Rüstungsanstrengungen Energien und Kosten verschlingen, die wir besser zur Bekämpfung des Hungers und der Not in der Dritten und Vierten Welt aufwenden;

drittens, weil der Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ein tragendes Prinzip unserer Außenpolitik ist.

Deshalb hat die Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Eintritt in das Atlantische Bündnis unter Adenauer einen rechtsverbindlichen Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ausgesprochen. Deshalb hat die Bundesrepublik Deutschland aus freien Stücken vertraglich auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen verzichtet.

Für den Gewaltverzicht gibt es nur eine Ausnahme, die auch in der Charta der Vereinten Nationen verbrieft ist: Das Recht auf individuelle und gemeinsame Selbstverteidigung der Staaten. Dieser Ausnahme liegt das moralische Postulat zugrunde, daß der Staat seine Bürger zu schützen hat. Die biblischen Forderungen nach Feindesliebe und nach der Bereitschaft, auch die andere Wange hinzuhalten, wenn man auf die eine Wange geschlagen werde, sind kein Freibrief für Gewalttäter und Gewaltandroher. Ich darf, wenn ich das aus persönlicher Überzeugung für richtig halte, meine eigene Wange hinhalten, nicht aber die meiner Mitbürger.

Im Leitantrag für den Hamburger Parteitag heißt es dazu: *„Das christliche Gebot der Nächstenliebe verlangt von uns nicht, wehrlos zu dulden, daß Menschenrechte und Menschenwürde verletzt werden. Der einzelne mag sich für seine Person für Gewaltverzicht und Unterwerfung entscheiden. Die staatliche Gemeinschaft aber hat in jedem Fall die Aufgabe, ihre Bürger vor unrechter Gewalt zu schützen. Es ist, auch in unserer Zeit, sittlich nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit zu unterwerfen.“*

Unsere Verteidigungspolitik soll andere davon abschrecken, im Krieg noch ein Mittel der Politik zu sehen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik soll den Ausbruch jeden Krieges

oder die Androhung von Gewalt und damit den Verlust von Frieden und Freiheit verhindern. Das Ziel, die Würde und die Rechte des Menschen zu schützen und die Existenz unseres Volkes in Frieden und Freiheit zu sichern, gibt unserer Außenpolitik die ethische Grundlage.“

Wenn die westliche Rüstungskontrollstrategie erfolgreich sein soll, so müssen ihre Grundlagen einer illusionslosen Überprüfung unterzogen werden. Dabei darf das Thema der Abrüstung nicht isoliert betrachtet werden. Spannung und Unfrieden bestehen nicht, weil es Soldaten und Waffen gibt:

„Die CDU weiß, daß der Gegensatz von Freiheit und Diktatur die eigentliche Ursache der Spannung zwischen Ost und West ist. Er bestimmt zugleich die geistige und politische Auseinandersetzung im geteilten Deutschland und Europa. Für jedes totalitäre System ist die Freiheit als solche eine Herausforderung und Bedrohung, selbst dann, wenn der Westen einseitig abrüsten würde“ (Leitantrag):

Das sogenannte Wettrüsten außerhalb dieses geschichtlich-politischen Zusammenhangs zu sehen und zu behandeln, ist eine der fatalsten Neigungen in der heutigen sicherheitspolitischen Diskussion. Ein solches, letzten Endes unpolitisches Abrüstungsdenken kann verhängnisvoll wirken. So haben die Abrüstungspolitik der Labour-Party und die Kriegsverweigerungsbewegungen in England in den 30er Jahren Hitlers Machtstreben im Ergebnis begünstigt.

Die Not der Entwicklungsländer als Friedensbedrohung

„Rund 700 Mio. Menschen leben in totaler Armut in den ländlichen Gebieten der Entwicklungswelt. Ihre Not ist so außerordentlich, daß sie einer Verletzung der Menschenwürde gleichkommt, und zwar ihrer Würde, da sie als Menschen ein besseres Los verdient haben und unserer Würde, weil wir alle zwar mehr helfen könnten, aber dies bislang versäumt haben.“ (Robert S. McNamara, Präsident der Weltbank, 1975)

Wirklicher Friede bleibt unerreichbar, solange es nicht gelingt, die extremen Unterschiede zwischen Nord und Süd, das heißt konkret: zwischen Armut und materiellem Überfluß, abzubauen. Entwicklungspolitik ist mehr als Caritas; Entwicklungspolitik ist Teil von Außenpolitik mit dem Ziel, Konflikte zu vermeiden und ihre Ursachen zu beseitigen. Sie hat die Aufgabe, einen gerechten Zugang zu den Gütern und Chancen in der Weltwirtschaft zu erreichen. Dabei kommt es vor allem darauf an, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Dem hungernden Fischer und seiner Familie gibt man nicht nur einen Korb mit Fischen; man gibt ihm vor allem ein Netz, auf daß er sich und seine Familie zukünftig selbst ernähren kann.

Armut und Hunger in der Welt werden dramatisch verschärft durch ein Bevölkerungswachstum, das besonders hohe Geburtenziffern dort zeigt, wo die Überlebensbedingungen am schlechtesten sind.

Die Wachstumsraten der Weltbevölkerung

Jahr	Gesamtbevölkerung	Jährl. Wachstumsrate	Verdoppelungszeit
1 Mio. v. Chr.	wenige Tausend	—	—
8000 v. Chr.	8 Millionen	0,0007 %	100 000 Jahre
1	300 Millionen	0,046 %	1 500 Jahre
1750	800 Millionen	0,06 %	1 200 Jahre
1900	1 650 Millionen	0,48 %	150 Jahre
1970	3 600 Millionen	1,0 %	70 Jahre
2000	6 300 Millionen	2,0 %	35 Jahre

Die Bevölkerungsentwicklung in den Industrie- und Entwicklungsländern 1950 / 1977 / 2000

	Industrieländer (Ost und West)	Entwicklungsländer
1950	858 Mio.	1 627 Mio.
1977	1 096 Mio.	2 951 Mio.
2000	1 168 Mio.	4 861 Mio.

Es ist unübersehbar, daß die hohen Geburtenziffern in den Entwicklungsländern die dort ohnehin bestehenden Probleme entscheidend verschärfen. Eine Verminderung dieser Zahlen wird nur langfristig und bei internationaler Abstimmung über gemeinsame Schritte möglich sein.

Solange beispielsweise in der Dritten und Vierten Welt die Kinder die einzige Alterssicherung ihrer Eltern sind, und damit eine hohe Kinderzahl eine vermeintlich bessere Altersversorgung bedeutet, wird der Kinderreichtum in den Entwicklungsländern nicht zurückgehen.

Vor diesem Hintergrund sind die Leistungen der Industrienationen an die Entwicklungsländer nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Entwicklungshilfe nach Ländergruppen 1980:

Westliche Industrieländer: 26,7 Milliarden Dollar
 OPEC-Länder: 7,0 Milliarden Dollar
 Ostblockländer: 1,8 Milliarden Dollar

Diese Zahlen verdeutlichen höchst anschaulich die Diskrepanz der Entwicklungshilfeleistungen zwischen den Industrienationen des Westens und der Ostblockstaaten. Dabei ist Entwicklungspolitik Aufgabe und Herausforderung, die alle Industrienationen der Erde gleichermaßen betrifft. Die sozialistischen Staaten haben diese Aufgabe bisher nicht angenommen.

Ihr Argument, „daß notwendige Militärausgaben ihre Kapazität für die Bereitstellung größerer Mittel für die Auslandshilfe begrenzen“ (Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980) überzeugt aus den früher dargelegten Gründen nicht. Es ist vielmehr

die Bestätigung der These, daß das Ost-West-Verhältnis und der Nord-Süd-Konflikt nicht isoliert voneinander gesehen werden können.

Dessenungeachtet ergibt der weltweite Vergleich von Entwicklungshilfeleistungen und militärischen Ausgaben ein erschreckendes Bild.

Militärausgaben und Entwicklungshilfeleistungen im Jahre 1977 (in Mrd. US-\$)

Militärausgaben:

Westliche Industrieländer:	172,2 Milliarden Dollar
Östliche Industrieländer:	163,0 Milliarden Dollar
OPEC-Länder:	24,7 Milliarden Dollar
Übrige Entwicklungsländer:	73,5 Milliarden Dollar

Entwicklungshilfeleistungen:

Übrige Entwicklungsländer:	0,2
OPEC-Länder:	5,8
Östliche Industrieländer:	1,3
Westliche Industrieländer:	14,7

Quelle: („Politik der Partner“ — Aufgaben, Bilanz und Chancen der deutschen Entwicklungspolitik. Hrsg.: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köln 1981)

Die zentrale Bedeutung weltweiter Abrüstungsbemühungen wird hier deutlich. Nicht nur militärische Gründe machen Rüstungskontrolle unabweisbar. Vor dem Hintergrund des unverändert fortbestehenden Ost-West-Gegensatzes ist dies jedoch nur auf der Basis gemeinsamer und ausgewogener Schritte auf beiden Seiten möglich. Not und Armut in den Entwicklungsländern fordern West wie Ost gleichermaßen heraus. Der Versuch, West und Ost trotz aller Rückschläge zu einem gemeinsamen Handeln in der Entwicklungspolitik zu bewegen, muß weitergehen. Hierzu ist Geduld notwendig. Erfolge im Bereich von Rüstungskontrolle könnten ein Schritt mit doppelter Wirkung sein: die unseren Frieden bedrohenden Waffenpotentiale würden reduziert; die freiwerdenden Mittel könnten der gemeinsamen Aufgabe der Entwicklungshilfe zufließen.

Entwicklungspolitik steht heute gleichberechtigt neben den traditionellen Bereichen von Außenpolitik. Sie ist unverzichtbares Element einer Politik, die der Bewahrung von Frieden und Freiheit verpflichtet bleibt.

„Friede ist auf die Dauer unerreichbar bei extremen Unterschieden der Lebensbedingungen der Menschen und Völker. Auch unsere nationale Sicherheit hängt langfristig davon ab, daß durch mehr soziale Gerechtigkeit internationale Stabilität ermöglicht wird. Dies erfordert entsprechende Berücksichtigung in der Finanz- und Haushaltspolitik sowie eine maßvolle Beschränkung unserer Ansprüche: Wir müssen anders leben, damit andere überleben.“ (Leitantrag)